

Was soll die Schweiz tun, was gibt Hoff

Krieg in Nahost Wir haben acht Schweizer Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur zu unserem Umgang mit Terror und Krieg in Israel und Gaza befragt. Das sind ihre Antworten.

— **Simonetta Sommaruga, Alt-Bundesrätin**

Manchmal ist es schwierig, ja gefährlich, sich für den Frieden einzusetzen. Das gilt für den Nahen Osten ganz besonders. So viel Leid, so viel Hass, so viele junge Menschen, die in ihrem Leben fast nur Gewalt erlebt haben.

In dieser Situation wird jeder, der im Bestreben um eine friedliche Lösung im Dialog bleiben will, zum Verräter und lebt gefährlich. In einer solchen Situation gibt es – scheinbar – nichts mehr zu vermitteln.

Erwartet werden jetzt, gerade nach dieser entsetzlichen Attacke der Hamas, klare Positionierungen. Entweder man ist «für» oder «gegen». Eine Haltung, die sich nicht ausschliesslich für oder gegen eine Seite ausspricht, ist nicht vorstellbar.



Foto: Raphael Moser

Oder vielleicht doch? Es gibt sowohl in Israel wie auch in Palästina Menschen, die seit Jahren viel dafür tun, um den Austausch und das Verständnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern. Oder schon nur dafür sorgen, dass sie miteinander in Kontakt bleiben.

Der bekannte Pianist und Dirigent Daniel Barenboim zum Beispiel hat mit seinem Orchester, in welchem seit Jahren ebenso viele Israelis wie Araber spielen, viel für die Verständigung getan. Und er tut es auch jetzt noch.

Denn – so Barenboim – die Gefahr sei jetzt grösser denn je, dass gerade jene Menschen, die sich für den Frieden einsetzen, von Extremismus und Gewalt übertröten würden. Oder – wie ich befürchte – zum Schweigen gebracht werden.

Deshalb die Frage, die mich beschäftigt: Sollten wir nicht jene Menschen stärken, die nicht aufhören, sich für eine friedliche Lösung im Nahen Osten einzusetzen? Die ihr Leben riskieren, weil sie nicht schweigen wollen. Die standhaft bleiben und sich mutig exponieren mit Appellen zur Versöhnung und Vorschlägen für einen gerechten Frieden.

Ich bin der Meinung: Wir müssen uns um sie bemühen, sie unterstützen und stärken. Denn wenn diese Bemühungen für den Frieden aufhören, dann haben alle verloren.

— **Moritz Haegi, Konfliktforscher und Rapper**

Beim psychologischen Prozess der Entmenschlichung wird einer Person oder einer Gruppe die Menschlichkeit abgesprochen. Dadurch lassen sich Gräueltaten an den «Entmenschlichten» leichter rechtfertigen. Der Hamas-Terror vom 7. Oktober basiert

zweifelloso auf dieser Entmenschlichung. Wenn der israelische Verteidigungsminister die Menschen in Gaza «menschliche Tiere» nennt, folgt das rhetorisch derselben Logik.

Das Problem mit der gegenwärtigen Spirale der Entmenschlichung ist neben dem ethischen aber auch ein praktisches: Es kann keine militärische Lösung des Konflikts geben – nur eine politische. Dass die Hamas nicht Teil einer solchen Lösung sein kann, ist seit dem 7. Oktober 2023 klar. Ihre Ideologie wird sich durch die israelischen Bomben auf Gaza jedoch nicht zerschlagen lassen.

Was kann die Schweiz tun? Als Hüterin der Genfer Konventionen muss sie sich für die Einhaltung der völkerrechtlichen Verhältnismässigkeit und den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzen. Sie muss humanitäre Soforthilfe für die abgeschnittenen Zivilistinnen und Zivilisten in Gaza sowie die Freilassung der dort festgehaltenen Geiseln fordern.

Als Vermittlerin muss sie sich für eine politische Lösung engagieren und der Entmenschlichungsspirale entschlossen entgegenzutreten. Innerhalb der Schweiz dürften eine breite Sensibilisierung und gezielte Massnahmen gegen Antisemitismus und Islamophobie wirksamer sein als pauschale und rechtsstaatlich fragwürdige Demonstrationsverbote.

Eine israelisch-palästinensische Annäherung erscheint im Moment unwahrscheinlich. Dennoch ist die «Vermenschlichung» des Gegenübers der einzige Weg zu einer friedlichen Zukunft. Als Inspiration kann die Organisation Parents Circle dienen: Israelis und Palästinenserinnen und



Foto: Samuel Schalch

Palästinenser, die ein Familienmitglied aufgrund des Konflikts verloren haben, setzen sich gemeinsam für ein Ende des Blutvergiessens ein. Ihr Motto: «Wenn ich, der wegen des Konflikts jemanden verloren hat, den Weg des Friedens gehen kann, dann kannst du es auch.»

— **Ueli Mäder, Soziologe**

Die Schweiz muss die Gräueltaten der Hamas klar verurteilen und dazu beitragen, die Geiseln zu befreien und weitere Massaker zu verhindern. Anzustreben ist ein friedliches Zusammenleben für alle, ohne Terror, (strukturelle) Gewalt und Vertreibung, damit das lange Leiden der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung aufhört.

Ja, eine Abkehr von Hass und Rache ist möglich, wenn viele an



Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

das anknüpfen, was verbindet. Die Schweiz muss sich für eine sichere Existenz von Israel und Palästina einsetzen. Etwa dafür, dass bereits legitimierte Zweistaaten-Verhandlungen (Oslo-Abkommen 1993) und vernachlässigte Friedensgespräche offen weitergeführt werden.

Frieden verlangt vor allem auch mehr globale Sicherheit. Die Schweiz muss politisch die UNO und eine fairere Weltwirtschaftsordnung stärken. Sozialer Ausgleich, militärische Abrüstung und Prozesse der Verständigung mindern kriegerische Gefahren. Dabei hilft, wenn wir uns engagieren, ohne uns zu überhöhen oder auf Kosten von anderen zu bereichern.

Ein Lichtschimmer ist die mit der Universität Basel assoziierte Friedensstiftung Swisspeace. Sie erforscht Ursachen von Konflikten und arbeitet mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Sie berät ebenfalls Regierungen und internationale Organisationen im Nahen Osten. Solche Kontakte helfen, (das Ausweiten von) Gewalt einzudämmen. Sie lassen sich aktuell auch nutzen, um in Gaza eine Waffenruhe anzugehen.

Vielfältige kulturelle und zivilgesellschaftliche Anstrengungen sind nötig, die das soziale Miteinander fördern. So etwa über gemeinsame Theater- oder Sport-Camps mit Jugendlichen unterschiedlichen Glaubens. Ich habe in Israel an mehreren Workshops schon erlebt, wie Annäherungen möglich sind – trotz unterschiedlichsten Ansichten. Das stimmt mich trotz allem ein wenig zuversichtlich. Eine dialogische Kultur der Auseinandersetzung ist jedenfalls unabdingbar. Sie unterstützt eine friedlichere Zukunft.

— **Charles Lewinsky, Autor**

Sie wollen von mir wissen, was die Schweiz tun könne, damit es Frieden im Nahen Osten gibt. Die Frage so zu stellen, heisst, die eigene Wichtigkeit masslos zu überschätzen. Wir können als Land absolut nichts tun, um in Israel und Gaza Frieden zu schaffen, und das Angebot der eidgenössischen Guten Dienste dient ja meistens auch nur als Mäntelchen, hinter dem sich der Mangel einer gradlinigen Haltung prima verstecken lässt.

Was wir tun müssen, ist etwas ganz anderes: das Pogrom der Hamas nicht beschönigen. Den Antisemitismus im eigenen Land auch dort bekämpfen, wo er sich als Antizionismus tarnt. Den Opfern helfen, und zwar auf beiden



Ein Regenbogen über Gaza: Die grösste Stadt im Gazastreifen wird de facto von der Terrororganisation Hamas ver-



Foto: Urs Jaudas

Seiten. Und vor allem: uns die grossen Worte sparen.

«Zudem wüssten wir gerne», schreiben Sie auch noch, «was Ihnen angesichts der schrecklichen Nachrichten Hoffnung gibt.» Ich finde in der gegenwärtigen Situation wenig Hoffnung in mir, denn man muss wohl befürchten, dass der Horror nicht so bald enden wird. Nur wenn ich daran denke, dass die schreckliche Regierung Netanyahu mit ihren rechtsextremen Ministern ihr Versagen wohl wird mit dem Rücktritt be-

zahlen müssen, macht der Titel der israelischen Nationalhymne wieder Sinn für mich: «HaTikwa» – die Hoffnung.

— **Elham Manea, Politologin und Autorin**

Die Schweiz hat als neutraler Akteur die Glaubwürdigkeit und das Potenzial, im Nahostkonflikt zu vermitteln. Ich glaube jedoch nicht, dass die Schweiz heute in der Lage ist, im aktuellen Konflikt eine zentrale Vermittlerrolle zu übernehmen. Sie kann aber in den

nung?



Waltet. Foto: Mahmud Hams (AFP)



Foto: Nicole Philipp

Bereichen, in denen sie stark ist, eine wichtige Rolle spielen.

Im humanitären Bereich sollte sie weiterhin das UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das IKRK und die vor Ort tätigen NGOs unterstützen. Die Schweiz kann bei der Förderung diplomatischer Verhandlungen zur Linderung der anhaltenden humanitären Krisen wertvolle Hilfe leisten.

Auf politischer Ebene kann die Schweiz zwischen dem Iran und den USA vermitteln. In der ver-

gangenen Woche haben vom Iran unterstützte Milizen mindestens 19 Angriffe auf US- und Koalitionstruppen im Irak und in Syrien verübt und drohen damit, den Konflikt in der gesamten Region zu eskalieren.

Die Schweiz hat in ihren Beziehungen zu den USA, Saudiarabien und Kanada die Verantwortung übernommen, als Schutzmacht für den Iran aufzutreten. Mit dem Iran besteht seit 1980 eine solide Vertrauensbasis. Vor diesem Hintergrund kann

sich die Schweiz für eine Deeskalation der Situation in der Region einsetzen.

Hoffnung finde ich in den Stimmen derer, die es wagen, sich dem Hass entgegenzustellen. Ich finde Hoffnung in jenen, die wie mein israelisch-schweizerischer Kollege und Freund Samuel Altob einen dritten Raum fordern. Einen Raum, der es uns erlaubt, Empathie für alle Zivilisten zu empfinden, unabhängig davon, welcher Seite sie angehören; der es uns erlaubt, die Angst, den Schmerz und den Mangel an Vertrauen zu erkennen, die den Radikalsten auf beiden Seiten den Weg geebnet haben, um das politische Feld zu monopolisieren.

Frieden erfordert Mut. Frieden erfordert eine Vision. Und diejenigen, die den weniger begangenen Weg mit einer Vision von Frieden und Koexistenz gehen, geben mir Hoffnung.

— Roger Schawinski, Journalist und Medienunternehmer



Foto: Silas Zindel

Was die Schweiz tun kann, war die Frage. Einiges! Die unter uns lebenden Islamisten besser überwachen und wenn möglich ausweisen, wäre das eine. Sie sind eine Gefahr für uns alle. Die Hamas verbieten, und zwar sofort und nicht erst in ferner Zukunft, ein Zweites. Auch ist es notwendig, die Verwendung der Gelder an die NGOs im Nahen Osten besser zu überwachen als bisher. Dies alles wären eigentlich Selbstverständlichkeiten. Doch man sollte auch begreifen, dass man mit Terrorregimes nicht über Friedenslösungen verhandeln kann. Es gibt bei ihnen keinen Platz für «Gute Dienste», wie viele allzu lange hofften. Man muss sie zerstören. Das war bei Hitler so, ebenso bei Isis und al-Qaida – und das ist es auch bei der Hamas.

Als Journalist bedrückt mich vor allem die Rolle der Medien. Wenn Verlautbarungen einer Terrororganisation wie der Hamas nach dem Beschuss eines Parkplatzes neben einem Spital in Gaza von den weltweiten Medien blitzschnell – von der «New York Times» über die BBC, die deutsche «Tagesschau» bis zur SRG – unbesehen übernommen werden, empfinde ich dies als Widerspruch zu allen geltenden journalistischen Grundregeln.

Die Berichterstattung deutet darauf hin, dass es eben nicht nur ein kurzzeitiges Versagen vieler Medien war, sondern dass die Falschmeldung und die Verlautbarungen der Hamas, die man gierig aufgriff, optimal ins Narrativ vieler Redaktionen passten. Da die Hamas keine neutrale Berichterstattung in Gaza zulässt,

sollte dieser eklatante Vorfall zu einem Umdenken bei der Weitergabe aller Informationen aus dieser Quelle führen. Denn für eine Organisation, die gezielt Zivilisten ermordet, verstümmelt, vergewaltigt und entführt, ist eiskalt lügen und verleumden nicht einmal eine klitzekleine Sünde. Wer sich trotzdem darauf stützt, macht sich zum Komplizen dieser Terroristen und fördert den Hass in der extrem schwierigen Situation, in der wir uns zurzeit alle befinden. Das sollten wir nicht mehr tun. Dies wäre ein relevanter, unglaublich wichtiger Beitrag von uns Journalisten – auch in der Schweiz.

— Anna Rosenwasser, Autorin und Nationalrätin

Als öffentliche Person – die mit ihrem Nachnamen momentan noch mehr Projektionsfläche bietet als ohnehin schon – habe ich entschieden, mich nicht zur politischen Situation zu äussern. Dieser Beschluss missfällt manchen, und das akzeptiere ich.

Aber zu Hoffnung will ich mich äussern; ich kultiviere meine seit langem sorgfältig. Ich glaube, dass Hoffnung nicht dasselbe ist wie Optimismus, sondern Akzeptanz von Schmerz bedingt, um Zugang zu Zuversicht zu schaffen.

Dazu wähle ich bewusst, zu welchen Zeitpunkten und aus welchen Quellen ich mir Informationen über das internationale Tagesgeschehen zuführe. Ich kultiviere meine Hoffnung, indem ich meine Freundschaften und Gemeinschaften pflege, um jeden Tag Solidarität vorgelebt zu kriegen und vorzuleben. Und indem ich so oft wie möglich Dinge tue, die mich daran erinnern, warum ich gern lebe.

Freude mag angesichts von so viel Schmerz trivial wirken, aber



Foto: Silas Zindel

ich bin überzeugt, dass sie, individuell und insbesondere kollektiv, alles bewirken kann, was wir uns in Zeiten von Angst und Trauer nicht vorstellen können.

— Micheline Calmy-Rey, Alt-Bundesrätin

Israel hat 9,5 Millionen Einwohner, von denen etwa 74 Prozent Juden und 21 Prozent Araber (meist Muslime) sind. In der jüdischen Bevölkerung gibt es 18 Prozent Ultraorthodoxe, 25 Prozent Traditionalisten und 40 Prozent Säkulare. Das Bündnis der Netanyahu-Regierung mit den ultraorthodoxen Gemeinschaften verursacht und verursacht noch immer ernsthafte Spannungen mit der mehrheitlich gemässigeren Bevölkerung.

Wenn man die besetzten Gebiete Gaza und Westjordanland in



Foto: Laurent Guiraud

die Rechnung miteinbezieht, machen die Menschen jüdischen Glaubens nur noch 50 Prozent der Bevölkerung aus. Auf einem kleinen Gebiet leben unterschiedliche Kulturen, Religionen und Sprachen. Das macht das Zusammenleben komplex und schwierig. Dies gilt umso mehr, als wir alle die Augen vor dem aggressiven Ausbau der israelischen Siedlungen verschlossen haben. Palästina ist zu einem Boden der Erniedrigung, zur «terre d'humiliation», geworden. Mit der Hamas im Terrorismus und der Spaltung der Palästinenser ist heute die Situation in der Region gewalttätig und ausweglos geworden.

Die bisherigen Kriege, die Verwaltung des Status quo und die Vertuschung eines als aussichtslos eingestuften Konflikts durch die internationale Gemeinschaft haben auf beiden Seiten keine ideologische Abrüstung ermöglicht. Zusammen mit der Genfer Initiative habe ich mich lange für die Zweistaatenlösung eingesetzt. Heute ist sie ein Hirngespinnst. Die Realität vor Ort ist die eines einzigen Staates: Mehr als 90 Prozent des Landes zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan stehen de facto unter der Kontrolle des Staates Israel.

Das ist das Dilemma: eine friedliche Koexistenz sehr unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und eine echte Demokratie zu erreichen – die weder die Araber diskriminiert noch die Existenz Israels bedroht.

Verschiedene Organisationen und Denkfabriken erforschen alternative Modelle, die dazu beitragen könnten, den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ihren eigenen Raum zu geben. Eine einzige demokratische Lösung, die allen Bürgerinnen und Bürgern den gleichen Status bietet, oder ein binationaler Staat, eine Föderation oder Konföderation, die politische Strukturen bereitstellen kann, muss aber erst noch erfunden werden.

Die Schweiz könnte ihre Erfahrung im Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Sprachen sinnvoll einbringen. Leider wird sie heute von ihrem Mangel an politischer Motivation überholt. Die Schweiz stellt sich gern als natürliche Vermittlerin dar. Doch zur jüngsten Friedenskonferenz in Kairo wurde sie noch nicht einmal eingeladen. Die Schweiz ist somit von den internationalen Bemühungen zur Rettung der Geiseln und zur Beendigung der verletzenden und tödenden Gewalt ausgeschlossen. Zum Glück bleibt uns noch das IKRK, das bei der Freilassung der Geiseln hilft und humanitäre Hilfe leistet!